



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 30. April 2003

Inakzeptables Ausmass der bundesrätlichen Sparvorschläge

Das Ausmass der Sparvorschläge im Bereich Landwirtschaft, die der Bundesrat an seiner heutigen Sitzung verabschiedet hat, sind für den Schweizerischen Bauernverband (SBV) inakzeptabel. Mit den nun dem Parlament vorgeschlagenen Eckwerten sind schmerzhaft Einschnitte bei den Direktzahlungen unausweichlich. Damit wird die Erfüllung des Leistungsauftrags der Landwirtschaft im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistungen sehr ernsthaft in Frage gestellt. Die Landwirtschaftskammer, welche ebenfalls heute in Bern getagt hat, hat den SBV einstimmig beauftragt, in ihrem Namen eine entsprechenden Resolution an den Bundesrat zu richten.

Direktzahlungen an die Bauernfamilien sind Abgeltungen für deren gemeinwirtschaftliche Leistungen. Deren Wert ist grundsätzlich nicht verhandelbar. Es geht hier nicht zuletzt um das Vertrauen in die Politik und das Einhalten von Versprechungen gegenüber den Bauernfamilien. Auf dem Spiel steht auch die Erfüllung des Verfassungsauftrags des Bundes. Die multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft, wie beispielsweise die dezentrale Besiedlung, sind schon heute in einigen Regionen kaum mehr sicherzustellen.

Die logische Konsequenz für den SBV im Fall von Kürzungen bei Direktzahlungen sind entsprechende Lockerungen beim unternehmerischen Freiraum für die Landwirtschaft. Direktzahlungen sind heute an die Einhaltung sehr vieler Auflagen gebunden.

Die Mittel für die Landwirtschaft dürfen nicht einer simplen Opfersymmetrie zuliebe in einem dermassen überrittenen Ausmass gekürzt werden. Die Einkommen der Bauernfamilien sind tief und ihre ökonomische und soziale Lage schlecht. Der Situationsbericht des SBV und der Agrarbericht des Bundesamts für Landwirtschaft geben darüber umfassend Auskunft. Zudem hält der SBV fest, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahren, im Vergleich zu anderen Politikbereichen, überdurchschnittliche Sparvorleistungen erbracht hat. Die Landwirtschaftskammer des SBV appelliert eindringlich an alle Politikerinnen und Politiker, ihre Verantwortung gegenüber einem bereits heute in mehrfacher Hinsicht benachteiligten Wirtschaftssektor und den Menschen, die darin auch in Zukunft ihr Auskommen finden wollen, wahrzunehmen. Der SBV wird die angekündigte Resolution in den nächsten Tagen dem Bundesrat zukommen lassen.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident (Natel 079 404 33 92)

Jacques Bourgeois, Direktor (Natel 079 219 32 33)

Roland Furrer, Stab / Kommunikation (Natel 079 432 29 15)